10.08.2023 – 08:00 Uhr

Europäer:innen verlangen entschlossenes Vorgehen gegen Desinformationen im Internet

Gütersloh (ots) -

Mehr als die Hälfte der EU-Bürger:innen zweifelt am Wahrheitsgehalt von Informationen aus dem Netz. Falsche Inhalte zu erkennen und aktiv dagegen vorzugehen, fällt den Menschen leichter, die jung und gebildet sind. Im Einsatz gegen Desinformationen sehen fast neun von zehn Europäer:innen sowohl Tech-Unternehmen als auch die Politik in der Pflicht.

Die Menschen in der EU erwarten größere Anstrengungen im Kampf gegen die vorsätzliche Verbreitung unwahrer und gefälschter Inhalte im Internet. 86 Prozent der EU-Bürger:innen sind der Meinung, dass die Politik mehr gegen die Verbreitung von Desinformationen unternehmen sollte. Von den Betreiberfirmen sozialer Plattformen fordern sogar 89 Prozent einen größeren Einsatz. Der Wunsch nach einem stärkeren Eingreifen geht einher mit einem deutlich erkennbaren Problembewusstsein der EU-Bürger:innen. Das zeigt eine neue Studie aus dem Projekt "Upgrade Democracy" der Bertelsmann Stiftung. Demnach ist mehr als jeder zweite Befragte häufig oder sehr häufig unsicher, ob Informationen aus dem Internet wahr sind (54 Prozent). Desinformationen bewusst wahrgenommen zu haben, geben 39 Prozent an.

"Verlässliche Informationen sind die Grundlage für eine fundierte Meinungsbildung und damit für den demokratischen Diskurs. Die Menschen in Europa verspüren eine große Unsicherheit darüber, welchen digitalen Inhalten sie noch vertrauen können und welche absichtlich manipuliert worden sind. Wer die Demokratie schützen und stärken möchte, darf die Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit Desinformation nicht allein lassen", sagt Kai Unzicker, Autor der Studie und Experte für Demokratie und Zusammenhalt bei der Bertelsmann Stiftung. Weniger als die Hälfte der Europäer:innen haben nach eigener Angabe schon einmal eine Information aus dem Internet überprüft (44 Prozent). Noch weniger melden Falschinformationen oder weisen andere darauf hin (22 Prozent). Allerdings spielt das Alter eine Rolle: Je jünger und gebildeter die Befragten sind, desto aktiver setzen sie sich mit dem Wahrheitsgehalt von Informationen auseinander und gehen gegen Desinformationen vor.

Was die Studie von "Upgrade Democracy" auch zeigt: Je mehr Social-Media-Kanäle die Befragten regelmäßig nutzen, desto häufiger nehmen sie Desinformationen wahr. Hinsichtlich der Auswirkungen von sozialen Medien auf die Demokratie sind sich die Europäer:innen unschlüssig: 30 Prozent der Befragten erwarten eher Nachteile, 28 Prozent eher Vorteile. 42 Prozent rechnen sowohl mit negativen als auch mit positiven Folgen. Dabei gibt es Unterschiede zwischen den Ländern. Kritische Haltungen überwiegen in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Deutschland; deutlich positiver schätzen die Menschen in Polen den Einfluss von Social Media auf die Demokratie ein.

Die Bertelsmann Stiftung empfiehlt, in Deutschland und Europa das systematische Monitoring durch unabhängige Akteure aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf- und auszubauen. Zugleich müsse es gelingen, die Bevölkerung in der Breite stärker auf die Risiken von Desinformationen aufmerksam zu machen.

Zusatzinformationen:

Die Umfragedaten stammen von "eupinions", dem europäischen Meinungsforschungsinstrument der Bertelsmann Stiftung. Die Befragung fand im März 2023 in der gesamten EU statt. Mit einer Stichprobengröße von 13.270 Personen im Alter zwischen 16 und 70 Jahren ist sie repräsentativ für die EU insgesamt sowie für die Mitgliedstaaten Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande, Polen und Spanien.

Pressekontakt:

Kai Unzicker,
Telefon: +49 52 41 81 81 405
E-Mail: kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

Diese Meldung kann unter https://www.presseportal.ch/de/pm/100010083/100910194 abgerufen werden.